

I.

Einleitung

Lange schien das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland einen Sonderfall im Vergleich mit den Parteiensystemen der meisten anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darzustellen. Nicht nur Autoren wie der Politikwissenschaftler Oliver Geden (2009) konstatierten bereits vor über einem Jahrzehnt mit Blick auf das Wahlverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger eine »Renaissance des Rechtspopulismus in Westeuropa«. Die Erfolgsserie rechtspopulistischer Parteien hatte zu Beginn der 2000er Jahre mit dem spektakulären Einzug Jean-Marie Le Pens in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 2002 und der Bildung einer »schwarz-blauen« Koalition in Österreich aus Volkspartei und FPÖ zwei Jahre zuvor ihren vorläufigen Höhe- und Wendepunkt gefunden. Gegen beide Ereignisse mobilisierten demokratische Kräfte in einem hohen Maße. Aber auch Teile der politischen Eliten reagierten scheinbar ablehnend auf diese Entwicklungen, wie sich an den vorübergehenden sogenannten »Sanktionen der EU-14« gegen Österreich als Reaktion auf die Regierungsbeteiligung der Partei von Jörg Haider ablesen ließ. Seit dem Übergang zu den 2010er Jahren macht sich nun der als »Renaissance« bezeichnete Wiederaufschwung bemerkbar. Auch in Osteuropa agieren seit dem Systemwechsel in den frühen 1990er Jahren verschiedene Gruppierungen der politischen Rechten, unter ihnen einige mit offen neofaschistischem Charakter, jedoch ebenso solche, die als »rechtspopulistisch« bezeichnet werden. In der Tat fällt eine Betrachtung der Wahlergebnisse in den EU-Mitgliedsstaaten eindeutig aus, da bei über vier Fünftel von ihnen Parteien rechts von den meist liberal-konservativ oder christlich-demokratisch

geprägten Volksparteien entweder in den nationalen Volksvertretungen oder im Europäischen Parlament repräsentiert sind.¹ Diese unterschiedlich starken Parteien decken eine relativ große Spannweite von Positionen ab, die beispielsweise sowohl die ungarischen Neofaschisten von Jobbik als auch die dezidiert neoliberale Partei »Neue Bürgerliche« in Dänemark einschließt. In jüngster Vergangenheit sind in vielen Fällen auch wieder nationale Regierungen unter Einschluss oder mit Tolerierung der Rechtsparteien gebildet worden. So tolerierte die Dänische Volkspartei als größte rechtspopulistische Kraft des Landes in Kopenhagen zwischen 2015 und 2019 das konservative Minderheitskabinett von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen. Im Jahr 2017 wurde auch die oben genannte »schwarz-blaue« Machtoption in Wien wieder in eine konkrete Konstellation gegossen, die Österreich bis Frühjahr 2019 regierte. Die äußerste Rechte hat in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, eine Stärke erreicht, die sich nicht nur in bloßen Wahlergebnissen, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Geländegewinnen äußert. Die derzeitige Stärke der Rechtskräfte ist global auf einem Niveau, das sich nur mit dem der Zwischenkriegsjahre vergleichen lässt.

In der Bundesrepublik fehlte im politischen Spektrum lange Zeit eine auf nationaler Ebene einflussreiche Partei extrem rechter Provenienz. Das machte einerseits den oben angesprochenen »Sonderstatus« Deutschlands auf der parteipolitischen »Angebotsseite« aus und nahm andererseits Wunder angesichts der bedeutenden historischen Tradition der politischen Rechten in Deutschland, sodass das Schlagwort vom »rechtspopulistischen Entwicklungsland« (vgl. Häusler 2011) geprägt wurde. Anders schien der Fall jedoch auf der »Nachfrageseite« zu liegen, denn bereits seit langer Zeit wurde in Wahlumfragen ein Potential von

1 Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erstauflage dieses Buches (Frühjahr 2013) war dies lediglich bei knapp der Hälfte der EU-Mitgliedsländer der Fall.

circa 20 % der Wählerstimmen für eine Partei rechts von Union und FDP gemessen. Auch die hohen Auflagen und Verkaufszahlen der in regelmäßigen Abständen auf den Büchermarkt geworfenen Publikationen von Thilo Sarrazin (beginnend mit »Deutschland schafft sich ab« im Jahr 2010) sowie die Ergebnisse der Studien der Bielefelder Forschungsgruppe um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer (u. a. 2011) und die kurz als »Mitte«-Studien bekannten Masseneinstellungserhebungen der Friedrich-Ebert-Stiftung (u. a. Decker/Weißmann/Kiess/Brähler 2010) lieferten anscheinend handfeste empirische Hinweise für das Vorhandensein der »Sehnsucht nach einer neuen Partei«, wie sich der ehemalige Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner (zit. nach Backhaus 2010) vor gut einem Jahrzehnt ausdrückte. Handelte es sich hierbei aber tatsächlich um eine »unbefriedigte Sehnsucht«, die (um im sprachlichen Bild des noch näher zu beleuchtenden Populismus-Begriffs zu bleiben) »aus dem Volke« heraus kam und deren Umsetzung in konkrete politische Inhalte von Teilen des bundesdeutschen Establishments verhindert wurde?

Träfe dieser Befund zu, so würde er zumindest teilweise mit der Darstellung der politischen Verhältnisse durch solche Organisationen und Zusammenhänge übereinstimmen, die inzwischen in Deutschland ein rechtspopulistisches Kräftefeld abdecken. Mit dem unübersehbaren Erfolg der 2013 konstituierten selbsternannten »Alternative für Deutschland« lässt sich konstatieren, dass das einstige »rechtspopulistische Entwicklungsland« im übertragenen Sinne »modernisiert« wurde bzw. im Begriff ist, »modernisiert« zu werden. »Die ›deutsche Ausnahme‹ gibt es nicht mehr.« So lautet der treffende Kommentar des italienischen Historikers Enzo Traverso (2019: 7). Das rechtspopulistische Segment existierte aber bereits, bevor die AfD aus der Taufe gehoben wurde und umfasste unter anderem islamfeindliche Internetblogs wie »Politically Incorrect«. Allerdings handelt es sich bei den in diesem Segment vertretenen Positionen keineswegs um Inhalte, welche nur von einem politischen »Rand« be-

dient werden, denn sowohl in Teilen der politischen als auch der gesellschaftlichen Elite sind seit einigen Jahren Diskurse zu verzeichnen, die sich »gegen den Egalitarismus und die angeblich verweichlichende Gleichmacherei durch den Sozialstaat« (Lucke 2009: 61) richten. Verbunden sind sie vor allem mit den Namen des bereits erwähnten ehemaligen Berliner Finanzsenators und Bundesbankvorstandsmitglieds Sarrazin und des Philosophen Peter Sloterdijk. Ein Teil des Führungspersonals der AfD rekrutiert sich aus genau diesem Spektrum – in anderen Ländern sieht es bei vergleichbaren Formationen kaum anders aus. Hier ergibt sich eine Anschlussfähigkeit an extrem rechtes Denken, die der Kölner Politologe Christoph Butterwegge (u.a. bereits 1998) und der 2016 verstorbene Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui (u.a. 2014: 102-116) konstatiert haben und vor der Teile sowie Umfeld der etablierten bürgerlichen Parteien eben keineswegs gefeit sind, sondern zu deren Propagierung sie selbst beitragen. Als Beispiel wäre die der bayerischen CSU sowie dem dezidiert konservativen Flügel der CDU nahestehende Unternehmerorganisation »Bund der Selbstständigen« zu nennen, in deren Umfeld sich in den 1990er Jahren ein Think-Tank unter dem Namen »Stimme der Mehrheit« konstituierte. Er vereinigt zumindest einen Teil an Mitgliedern, die zur Neuen Rechten zu zählen sind, und lässt damit auch eine der ideologischen Quellen des kontemporären Rechtspopulismus in sich wirken, auch wenn sich der »Bund der Selbstständigen« selber davon inzwischen offiziell distanziert hat.

Das vorliegende Buch versucht sich dem Phänomen des Rechtspopulismus zu nähern, indem es einen Überblick über die verschiedenen Zugänge zum Thema bietet und hierbei die relevanten wissenschaftlichen Forschungsansätze berücksichtigt (Kapitel II). Zudem sollen der Begriff »Populismus«, der etymologisch auf das »Volk« verweist, problematisiert und die ideengeschichtlichen Hintergründe seiner rechten Spielart aufgezeigt werden. Mithilfe profilartiger Darstellungen rechtspopulistischer Formationen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften

Europas und Nordamerikas sowie ideologiekritischer Analysen ihrer Programmatik und Untersuchungen ihres politischen Handelns wird schließlich nicht nur das vielschichtige Bild einer sich nach wie vor als unverbraucht darstellenden, aber gar nicht mehr so jungen Parteienfamilie gezeichnet, sondern auch den Fragen nach ihrem Verhältnis zum Faschismus und den Folgen für die Demokratie nachgegangen (Kapitel III und IV).

Erkenntnistheoretisch stützt sich die Betrachtung der rechtspopulistischen Programmatik auf ein Verständnis von Ideologie, welches diese als »theoretisches oder praktisches Vehikel zum Ausfechten gesellschaftlicher Konflikte« (Lukács 1986: 400) begreift. Da Parteien dazu tendieren, »ihre Programme als Ausfluß ihrer Auffassung des gesellschaftlich Richtigen zu verstehen«, wie sich Joachim Raschke (1970: 8) ausdrückt, dessen Hinweise zur Analyse von Parteiprogrammen hier Berücksichtigung finden, und weil ohnehin jede Politik »eine bestimmte Anschauung von den Verhältnissen, in die sie eingreift«, enthält und dies auch dort gilt, wo eine solche Theorie nicht expliziert wird (Elfferding 1980: 6), zielt die Programmanalyse auf den »ideologischen Kernbestand« (Gessenharter 1991). Dabei kann zum Teil auf bestehende Analysen zurückgegriffen werden. Auch der Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Krisenerscheinungen und dem Zulauf für rechtspopulistische Parteien wird unter Verweis auf die Ergebnisse bereits vorliegender Studien näher beleuchtet (Kapitel V). Mit Blick auf die imposante Stärke extrem rechter Formation sind in diesem Zusammenhang auch kritische Anmerkungen zu einigen Vorschlägen hinsichtlich der Antworten auf den Rechtspopulismus erforderlich. Abschließend soll ein Blick auf gegenwärtige und zukünftige Chancen und die Perspektiven des Rechtspopulismus nebst dessen Folgen für die Demokratie vor allem in Europa geworfen werden.

Die vorliegende Neuauflage ist dem Andenken der Siegener Antifaschistin Eva Siebert-Schneider (1954–2019) gewidmet.